

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921, Nr. 458 Jahrgang 214



Bezugspreis: für dieses und erscheinende Pforten monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 22,50 mit Post bezogen halbjährlich postal. Briefmarken.	Morgen-Ausgabe	Anzeigenpreis: Die Spalte 24 mm breit nun-Standardis 70 A. Die Spalte 30 mm breite nun-Standardis 800 A. Rabat nach Tarif, Entfallsposten halbes Maß.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Centralis 7801, Sende von 7 Uhr an Redaktion 5800 und 5610. — Postfachkonto: Leipzig 20512.	Sonnabend, 24. September	Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30, Fernruf Zini Kurfürst U. 6200 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Die unerfüllbaren Ententeorderungen

Eine Unterredung mit Stinnes

Die Unmöglichkeit der Entschädigungs-Zahlungen

In der „Sachsen Zeitung“ wird ein Interview mit Stinnes veröffentlicht, das u. a. ausführt: Deutschland kann die Reparationsforderungen, wie sie im Ultimatum der Alliierten festgelegt worden sind, nicht erfüllen. Das ganze System ist falsch. Die Summen sind zu groß, sie sind unerfüllbar! Um die erste Rate zahlen zu können, war Deutschland gezwungen, auswärtige Devisen zu kaufen. Das Resultat war eine titrimische Nachfrage nach dem Dollar, während die Mark in Verfall geriet. Die deutsche Notenpresse muß unermüßlich arbeiten, und der deutsche Kredit sinkt immer mehr. Wie man auch die Entschädigungsfrage betrachtet — man findet, daß sie unerschütterlich ist. Wenn Deutschland durch seinen Export zahlen soll, müßte es 5 000 000 Industriearbeiter mehr besitzen, die es aber nicht hat. Zudem hat Deutschland keine Kohlen mehr, und der Krieg hat in die Zungenschnitt große Klüden gerissen. Niemals wurde ein belagertes Volk so erniedrigt wie Deutschland. Einige Geschäftsmänner, die sich um den grünen Tisch geizt hätten, um die Entschädigungsfrage ruhig, in freundschaftlichen Gesprächen zu erörtern, hätten für das Meer des Wiederbaus mehr getan, als alle geschäftsmäßigen, selbstlichen Politiker. Solange die Politiker noch zu reden haben, kann eine Festlegung der deutschen Lage nicht erfolgen. Frankreich hätte bereits vor zwei Jahren von Deutschland Materialien und Arbeitskräfte bekommen können, um den Wiederbau in Nordfrankreich zu vollziehen; aber es scheint, als ob Frankreich den Wiederbau nicht so sehr wünsche als die vollkommene Erneuerung Deutschlands. Ein 60-Millionen-Volk kann man nicht vernichten, namentlich, wenn jedermann arbeitet. Und Deutschland müßte sich umarbeiten und zum allgemeinen Wiederbau beitragen. Die Grenze der Situation liegt aber darin, daß Deutschland der Rohmaterialien entbehrt, während andere Nationen diese besitzen und nicht arbeiten können. Europa und die Welt können ohne vollkommene Teilnahme Anstalts nicht stabilisiert werden. Ein einziges Volk kann Anstalts nicht reorganisieren. Es wird der gemeinsamen Anstrengung Deutschlands, Englands und Amerikas bedürfen. Die Deutschen sind am besten zu dieser Aufgabe geeignet, weil sie die Psychologie ihrer russischen Nachbarn begreifen. Die Welt braucht am meisten die tätige Teilnahme der Vereinigten Staaten an europäischen Angelegenheiten. Amerika war der entscheidende Faktor beim Gewinn des Friedens, und es ist unbedingt notwendig, daß sich Amerika am Wiederbau Europas beteiligt; doch dürfte Amerika dies nicht in der Art Wilsons tun, denn Europa braucht praktische Männer.

Franzosen und Kommunisten

Die Ereignisse der letzten Wochen in den besetzten Gebieten weisen auf einen Umstand hin, der zu den größten Bedenken Anlaß gibt. Aus den Speyerer Vorgehänge hat sich ergeben, daß die Kommunisten dabei eine recht merkwürdige Rolle gespielt haben. Es lag ihnen nahe daran, gegen das „centralisierte Bayern“ zu demonstrieren, als vielmehr unter der Aufsicht der Reichsämter die rechtsfähigen deutschen Behörden zu stützen und eine Regierung aus Ruhez zu setzen, die weniger nach Osten als nach Westen sich orientiert zeigen sollte. Der Anschlag mißglückte, da man in den übrigen Kreisen der deutschen Arbeiterschaft das Unternehmen rechtzeitig durchschaute und über Zusammenhänge unterrichtet wurde, die zwischen einigen kommunistischen Persönlichkeiten und dem General de Metz bestanden. Auffällig ist auch die Maßnahme der französischen Militärbehörde in Düsseldorf, die das

Verbot der deutschen Polizeibehörde gegen die Düsseldorf kommunistische „Freiheit“ aufhob, so daß das Blatt auf Anordnung der französischen Behörde wieder erscheinen durfte. Geradezu unbegreiflich aber ist eine Verfügung des kommandierenden Generals des Präsidialpostens Düsseldorf, Genoaque, die die Freilassung von 12 Kommunisten verlangt, die wegen Aufruhrs und Wendenraubes verhaftet und unter Anklage gestellt worden waren. Es handelt sich um den bekannten Ruch zu Ostern dieses Jahres, der von 500 Kommunisten von Hochpaß und Erzatz aus gegen Weimann geführt wurde, wobei das Rathaus besetzt, die Reichsbank um erhebliche Beträge beraubt, Gefangene aus dem Amtsgericht freigelassen und die Polizei entworfen wurde. Der Kommandant des Kreises Düsseldorf suchte nach Wiederherstellung des Friedens beim französischen stellvertretenden General, um einen Ersatz eines Hofbesuchs gegen 16 Teilnehmer, darunter die Ruchführer, nach der nach Vernehmung der Beschuldigten auch erteilt wurde. Daraufhin wurden 12 Kommunisten, die zugegeben hatten, sich bewußt an den Anrufen in der Weimann-Gegend beteiligt zu haben, verhaftet und der Staatsanwaltschaft übergeben. Bevor nun das Verfahren gegen die Verhafteten vom deutschen Gericht durchgeführt werden konnte, hat plötzlich der kommandierende General des Präsidialpostens Düsseldorf dieser Lage die erteilte Genehmigung zur Strafverfolgung von 12 Kommunisten widerrufen und verlangt, daß die Inhaftierten unerschädlich in Freiheit gesetzt werden. Dem kommandierenden General war die Freilassung der Kommunisten zu dringlich, daß er nicht einmal die Klärung der Freilassungsbefehle durch den dafür zuständigen Generalstaatsanwalt abwartete, sondern einen General nach dem Verordnungs-Gebäude, wo die Kommunisten sich in Haft befanden, schickte, um die Entlassung zu bewerkstelligen.

Es dürfte allgemein bekannt sein, daß auch die Einführung der Franzosen in das Saargebiet nur mit Hilfe kommunistischer Agitatoren möglich wurde, die nach den Anweisungen der französischen Propagandastelle des Saargebietes die Arbeiterschaft von dem „Vorzeil“ der Franzosen zu überzeugen wußten. Diese eigenartigen Zusammenhänge zwischen Kommunisten und Franzosen im Saargebiet liegen bereits über ein Jahr zurück. Anderwärts waren ähnliche Erscheinungen nicht hervorgetreten. Um so überraschender ist es, daß das Rufen der Franzosen um die kommunistische Arbeiterschaft jetzt überallhin im besetzten Gebiet laut ertönt. Man kann daraus erkennen, daß die französische Propaganda mit Hilfe der kommunistischen Verbände in einem bestimmten System arbeitet, dessen Ziel dahin geht, die bestehenden deutschen Behörden des besetzten Gebietes zu beseitigen, um an ihre Stelle eine Regierung zu setzen, die im Sinne der Dorenschen und Emserischen Vorkriegsarbeiten arbeitet. Hierzu bedient man sich kommunistischer Persönlichkeiten, die anscheinend hoffen, auf dem Umwege über den französischen Militarismus im besetzten Gebiet die Sowjetregierung von Frankreichs Gnaden errichten zu können.

Um die „Sanktionen“

Neuer vernimmt, daß die Verhandlungen zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland bezüglich des Zermines, an dem die wirtschaftlichen Sanktionen aufgehoben werden sollen, noch andauern. Einige Mißverständnisse hätte die deutsche Regierung schon auf. Obwohl noch einige technische Einwände der Regelung harrten, welche kein Zweifel, daß bald ein Weg gefunden werden würde, um die Entschädigung des Ozeanen durch den letzten Monat durchzuführen, daß die wirtschaftlichen Sanktionen durch Vorkriegszeiten gegen unerschöpfliche Nachbildung von Amerikaner der Alliierten ersetzt werden sollten.

Zum deutschen Recht auf Oberschlesien

In der großen Ententenote, die Mitte Juni 1919 der Deutschen Reichsregierung als Antwort auf deren Behauptung, daß Polen keinen Rechtsanspruch auf die Abtretung Oberschlesiens habe und daß die Trennung des ober-schlesischen Gebiets von Deutschland weder den Wünschen noch Interessen der Bevölkerung entspreche, lautet, was u. a. gesagt worden: „Es wird zugegeben, daß das ober-schlesische Problem von dem Polener und westpreussischen sich schon dadurch unterscheidet, daß Oberschlesien zu der Zeit, als Polen geteilt wurde, nicht diesem Staate angehörte“ und „man kann der Auffassung sein, daß Polen keinen Rechtsanspruch auf die Abtretung Oberschlesiens hat“, aber „in den Besitzern, deren Abtretung nach den Prinzipien des Präzedenzfalls in Frage steht, ist die Mehrheit der Bevölkerung unbefriedigt polnisch“. Als nun infolge der Entschädigung, die alliierten und assoziierten Mächte beschlossen hatten, daß das Gebiet nicht unmittelbar an Polen abgetreten werden soll, sondern daß Maßnahmen getroffen werden, um dort ein Plebiszit stattfinden zu lassen“, die ober-schlesische Volksabstimmung am 20. März 1921 stattfand, hat die mehr als 700 000 deutschen Stimmen, die trotz allen polnisch-französischen Terrors abgegeben wurden, auch jene falsche Behauptung von dem „unbefriedigt polnischen“ Charakter der Bevölkerung Oberschlesiens gründlich widerlegt.

Trotzdem die Sinnlosigkeit aller Ansprüche Polens auf Oberschlesien klar erwiesen ist, wurde seit jenen Witztagen immer wieder „von polnischer und französischer Seite der Versuch unternommen, den Tatbestand zu erschüttern. Als oberster „Gutachter“ über das ganze „ober-schlesische Problem“, von dessen gerechter Lösung nicht nur das Schicksal Deutschlands, sondern Europas abhängt, ist der Völkerbundrat angerufen worden. Niemand würde auch viele außer-europäische Völkerrechtler an, deren Urteilsbildung naturgemäß besonders erschwert ist. Deutschland hat ja auch viel Material zu den Akten geliefert, die der Erforschung der letzten Jahre haben leider gezeigt, daß die geistige Verblödung deutscher Vorkriegs in dem bisherigen Ostdeutschland nicht mit derjenigen Grundsätzlichkeit und Unerbittlichkeit und vor allem nicht mit derjenigen Geschicklichkeit erfolgt ist, welche einen Sieg der Gerechtigkeit wiewenigstens bei denjenigen Völkerrechtler erhoffen läßt, die guten Willens sind, die Wahrheit zu ermitteln und demgemäß zu handeln.

Die betrübliche Tatsache ist fernerhin, daß die ungenügende Verteilung deutschen Rechtes, das erst der englische Premierminister Lloyd George auch einem nicht geringen Teile des deutschen Volkes die deutsche Geschichte Oberschlesiens zum Bewußtsein bringen mußte, und daß der französische Vorkriegslehrer Briand zur Verschleierung französisch-polnischer Klau- und Sachpolitik aus dem Zusammenwirken perisene Räte aus einem Proklamations-Ausschuss über Oberschlesien benützte, um die vielhundertjährige deutsche Kulturarbeit in Schlesien als unbedeutend hinzustellen. Den höchsten, zwar lächerlichen, aber ernsthaft vorgebrachten „historischen“ Wurf leitete sich der Franzose mit der Behauptung, erst durch die 1871 der französischen Nation abgenommene Kriegsschuldsumme von 5 Milliarden liege die Grundlage für Oberschlesiens große Berg- und Hüttenindustrie geschaffen worden. Es ist ein schmerzlicher Kauffehler, daß weder deutsche Regierungsvertreter, noch die auch im Ausland geleitete Tagespresse des Deutschen Reiches, mit wenigen Ausnahmen, der Ausbreitung von Geschicklichen im In- und Auslande mit der Waffe besserer Kenntnis entgegengetreten. Die deutsche Geschichtswissenschaft steht auf einer hohen Stufe, aber in der praktischen Verwendung der historischen Tatsachen zur Gestaltung der öffentlichen Meinung unter den Wählern, die für den Gang der neuen Entwicklung von Bedeutung sind und deren Vertreter für ungenügendes Vaterland verhängnisvoll sind, ist man in Deutschland noch rückständig. Die Geschichtswissenschaft muß sich polnisch, zur Aufklärung, vermerkt werden, sie muß heraus-

Sammlung für Dypau

Hundert von Menschen haben bei dem frühsten Anlauf in Dypau ihr Leben lassen müssen — Tausende von Menschen sind dadurch, ihrer Erndter beraubt, in bitterer Not, als sich zu der wirtschaftlichen Not der Hinterbliebenen die Trauer um den Verlust des teuren Toten gesellt. Die Hinterbliebenen können wir nicht trösten — aber was wir können, ist, den in unbedeutende Tot Geratenen wirtschaftlich sinnliche oder gemeinliche Fürsorge einzurichten, ihr Dasein zu erleichtern. Die „Halle'sche Zeitung“ veranstaltet deshalb eine öffentliche Sammlung für diese Unglücklichen und bittet ihre Leser um Einbringung von Spenden. Mehr als sonst gilt hier das Wort: Wer schnell gibt, gibt doppelt! Denn groß ist die Not, und schwer ist das Los der Betroffenen. Jeder gute Wille wird in der „Halle'schen Zeitung“ quittiert werden.

Halle'sche Zeitung
Geschäftsstelle Leipziger Straße 61/62.



